

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Kiepsch & Reichardt in Dresden.

Lobeck & Co.

Hoflieferanten Sr. Maj. d. Königs v. Sachsen.

**Chocoladen, Cacaos
Desserts.**

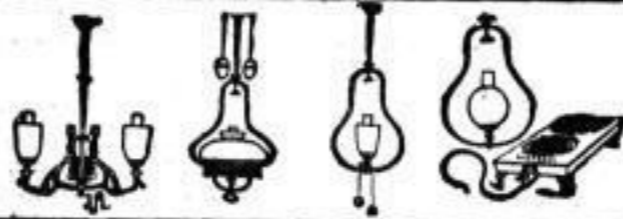
Einzelverkauf: Dresden, Altmarkt 2.

Hauptgeschäftsstelle:
Marienstraße 38/40.

Zeitungsgeld
Wochensatz 1,00 M.
Monatssatz 3,00 M.
Halbjahrsatz 15,00 M.
Jahressatz 30,00 M.
Zusatz für Porto 1,00 M.
Zusatz für Abnahme 1,00 M.
Zusatz für Anzeigen 1,00 M.
Zusatz für Inserate 1,00 M.
Zusatz für Anzeigen 1,00 M.
Zusatz für Inserate 1,00 M.

Augen-Zarif
Wochensatz 1,00 M.
Monatssatz 3,00 M.
Halbjahrsatz 15,00 M.
Jahressatz 30,00 M.
Zusatz für Porto 1,00 M.
Zusatz für Abnahme 1,00 M.
Zusatz für Anzeigen 1,00 M.
Zusatz für Inserate 1,00 M.

Kretschmar, Bösenberg & Co.
Kronleuchterfabrik * Serrestrasse 5/7.



Komplette Ausstattung
einer Wohnung mit Beleuchtungs-
Körpern für Gasglühlicht Mk. 80,—.

Bruchbänder und Leibbinden

sowie alle sonstigen
Bandagen u. Artikel zur
Krankenpflege empfiehlt

**Carl Wendschuchs
Etablissement**

Struvestrasse 11.

Für eilige Leser.

Mutmaßliche Witterung: Leichter Frost, Schnee.
Auf dem Johannisfriedhof in Laskewitz wurde gestern die Leiche des Dresdner Stadtbaurats Klette eingesehnet, die Einäscherung findet heute in Chemnitz statt.
Vor dem Dresdner Landgericht begann gestern der zweite Wechselfeltrugsprozess gegen den Agenten Sorra und 13 Genossen.
Geh. Oekonomierat Hähnel auf Kuppritz feiert heute seinen 70. Geburtstag.
Der Reichstag genehmigte gestern u. a. den Etat für Kamerun und Togo.
Im preussischen Abgeordnetenhaus kam es bei der Weiterberatung des Etats des Ministeriums des Innern zu einer scharfen Volendebatte.
„Zeppelin I“ wird heute bei günstiger Witterung seinen ersten Aufstieg mit militärischer Besatzung unternehmen.
Das russisch-türkisch-bulgarische Finanzabkommen ist zustande gekommen.
Aus Portugal werden heftige Kälte und außerordentliche Schneefälle gemeldet.

Die französischen Schutzzöllner

sind in der Kommission der Deputiertenkammer eifrig an der Arbeit, um durch erhebliche Erhöhungen der geltenden Zölle des Zolltarifs der Landwirtschaft und Industrie der Republik das nach ihrer Ansicht notwendige Maß von verstärktem Schutz gegen die Konkurrenz des Auslandes zu gewährleisten. Der bestehende Tarif, dessen Urheber im Jahre 1892 der damalige Ministerpräsident Méline war, trägt zwar auch bereits einen ausgesprochen schutzzöllnerischen Charakter, genügt aber den zielbewussten Vertretern des Schutzzöllnerwesens unter den französischen Abgeordneten noch nicht zur Erreichung des von ihnen angestrebten Zieles, einer wirksamen Niederhaltung des fremden Wettbewerbs, den sie am liebsten nach amerikanischem Muster knebeln und zu völliger Ohnmacht verdammen möchten. Die Anhänger des „Paters Méline“, wie der Schöpfer des geltenden Tarifs im Volksmunde genannt wird, berufen sich zur Begründung ihrer Forderung nach erhöhtem Zollschutz auf die Ergebnisse der Statistik. Trotz der Mélineschen Zollserhöhungen ist der Handelsverkehr der Republik seit 1892 bis 1907 um ein beträchtliches Stück hinter den beiden anderen größten Exportländern, Deutschland und England, zurückgeblieben. Das Wachstum des Außenhandels beträgt bei Frankreich in dem genannten Zeitraum 1823, bei England 5915, bei Deutschland 6107 Millionen Francs. Aus diesen Zahlen ziehen die französischen Schutzzöllner die Folgerung, daß in Frankreich Industrie und Landwirtschaft noch eines weiteren kräftigen Zollschutzes bedürftig sind, um sich nach jeder Richtung hin ungehindert entwickeln und sich so stark machen zu können, daß ihnen die Aufnahme eines erfolgreichen Wettbewerbes mit der fremden Konkurrenz auf dem Weltmarkt ermöglicht würde.
Grundsätzlich ist natürlich jeder Staat unbeschränkter Herr in seinem eigenen Hause und kann deshalb auch auf dem Gebiete der Zollpolitik tun, was ihm gut dünkt. Bei den regen Wechselbeziehungen aber, die zwischen den verschiedenen Staaten durch den internationalen Handelsverkehr begründet werden, ist es unausbleiblich, daß jede weitere Betonung des schutzzöllnerischen Prinzips durch einen Staat auch die anderen hart in Mitleidenschaft zieht und dort die Neigung zu Gegenmaßnahmen hervorruft. Diefelbe Erscheinung läßt sich jetzt angesichts der erneuten französischen Schutzzöllnerbewegung beobachten. Wenn auf Hunderte von Einfuhrartikeln Zollserhöhungen bis zu 150 Prozent in Aussicht genommen werden, so ist die Wirkung einer solchen Maßregel gleichbedeutend mit dem Ruin für viele ausländische Industrien. Kein Wunder also, daß von allen Seiten her Stimmen laut werden, die den Franzosen im Falle der Verwirklichung der geplanten rigorosen Maßnahmen mit zollpolitischer Vergeltung drohen. Die amerikanische Presse kündigt eine Erhöhung der Zölle auf Pariser Luxusartikel an, die österreichische Regierung ist bereits offiziell in Paris vorstellig geworden und hat gegen den geplanten Hochtarif Verwahrung eingelegt mit dem ausdrücklichen Hinweis, daß man in Wien dadurch zu Gegenmaßnahmen gezwungen würde. In England, das besonders durch die Metallzölle des neuen Tarifs bedröht wird, raffelt die Presse am härtesten mit dem zollpolitischen Säbel und droht mit einem regelrechten Tarifkrieg.

Die Regierung der dritten Republik ist gegen alle diese Kundgebungen der Erregung des handelsstreibenden Auslandes nicht unempfindlich geblieben, sondern hat in einer offiziellen Erklärung ihren Standpunkt dahin feigelegt, daß sie gegen einen so völligen Umsturz des gesamten französischen Zollwesens, wie er durch die Vorschläge der Kommission herbeigeführt werden würde, mit aller Energie ankämpfen müsse. Der Widerstand der Regierung erstreckt sich gerade auf fünf Hauptkapitel des Tarifs, bei denen die Schutzzöllner vornehmlich den Hebel einzusetzen gedenken: Pelzamen, Seide, Wolle, Baumwolle und Metalle. In der Begründung der im „Temps“ veröffentlichten offiziellen Note der Regierung ist namentlich die Stelle bemerkenswert, die auf den Zusammenhang zwischen den wirtschaftlichen und den politischen Beziehungen der Staaten hinweist. Es heißt dort, die geplanten Zollserhöhungen für gewisse Artikel des Tarifs wären in den Augen des Kabinetts geeignet, die Handelsbeziehungen Frankreichs mit verschiedenen Ländern hochzukübeln und dadurch einen schädlichen Einfluß auf die auswärtige Politik der Republik auszuüben. Herr Clémenceau soll nach einer die offizielle Erklärung ergänzenden Meldung der französischen Presse von der politischen Schädlichkeit einer zu weit getriebenen Schutzzöllnerpolitik so sehr überzeugt sein, daß er angeblich entschlossen ist, wegen der genannten fünf Tarifpositionen die Vertrauensfrage zu stellen.

In erster Linie dürfte für die Haltung des Kabinetts wohl die Rücksicht auf England maßgebend sein. Die englische Handelswelt läßt durch ihre hervorragenden Vertreter erklären, daß die Durchführung des neuen französischen Tarifs das britische Geschäft mit Frankreich geradezu vernichten würde, und fordert nachdrücklich Vorentscheidungen. Dadurch wird die allgemeine Stimmung so ungünstig beeinflusst, daß die französische Handelskammer in London sich genötigt sieht, ihre französischen Landsleute eindringlich vor einer zu strengen Anspannung des wirtschaftlichen Bogens zu warnen, da hierdurch leicht auch das politische Einvernehmen, die „sentente cordiale“ zwischen beiden Staaten, in die Brüche gehen könne. Ein Pariser Blatt will wissen, daß neben England auch Deutschland für die Stellungnahme der französischen Regierung in Betracht komme; in dem deutsch-französischen Marokko-Abkommen seien gewisse nicht veröffentlichte Vereinbarungen wirtschaftlichen Charakters enthalten, welche die Regierung der Republik verhindern, verschiedenen der von der Kommission beschlossenen Zollserhöhungen auszustimmen. Auch wenn, wie anzunehmen ist, die behaupteten geheimen Abmachungen nicht existieren, ist es doch ohne weiteres klar, daß der verhängnisvollen Wirkung des Abkommens nicht durch wirtschaftliche Kampfmaßnahmen abzuwehren sein kann, die in demselben Augenblick, wo sich das bessere politische Verhältnis zwischen den beiden Mächten fühlbar machen soll, die trennenden Zollschranken vergrößern und dadurch eine erneute Entzweiung herbeiführen. Wenn also Herr Clémenceau es mit der deutsch-französischen Annäherung auf Grund des Marokko-Abkommens nur einigermaßen ernst meint, so muß er in der Tat auch durch die Rücksicht auf Deutschland mit zu seiner ablehnenden Haltung gegenüber den ausschweifenden Plänen der französischen Schutzzöllner bewegen werden.

Der Präsident des deutsch-französischen Handelskomitees, Senator Vaudin, hat sich unabweisend in dem Sinne ausgesprochen, daß die in Aussicht genommenen Zollserhöhungen in dem von der Kommission befürworteten Umfange auf die Besserung der deutsch-französischen Beziehungen hemmend und erschwerend einwirken würden und daß daher zu hoffen sei, das Ministerium werde in seinem Widerstande fest bleiben. Es ist gar keine Frage, daß die Verwirklichung der das vernünftige Maß überschreitenden Schutzzöllnerischen Pläne der Kommission der französischen Deputiertenkammer sowohl politisch als wirtschaftlich die erheblichsten Nachteile für das Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich zur Folge haben und insbesondere auch das Endziel eines deutsch-französischen Tarifvertrages, wie es von dem vorgedachten Komitee ins Auge gefaßt wird, aufs neue in nebelhafte Ferne rücken würde. Zurzeit wird das handelspolitische Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich nach dem Frankfurter Friedensvertrage einfach durch die reine Meistbegünstigungsklausel geregelt. Abgesehen davon, daß diese Bestimmung in ihrer praktischen Wirkung vielfach durch technische Manipulationen abgeschwächt oder ganz aufgehoben werden kann, erzeugt sie auch im Handelsverkehr einen so verwickelten und unübersichtlichen Zustand, daß

schließlich selbst Sachleute sich nur schwer darin zurechtfinden können; überdies stammt die reine Meistbegünstigungsklausel noch aus der Zeit der mancherlei Auffassung der Meistbegünstigung, während heute das Bestehen dahin geht, sie in dem Sinne auszulegen, daß jeder meistbegünstigte Staat das betreffende zollpolitische Geschäftnis, das einem dritten Staate gewährt wird, nur dann erhält, wenn er seinerseits, ebenso wie der dritte Staat, eine entsprechende Gegenleistung dafür gibt. Aus allen diesen Gründen erscheint eine Neuregelung des deutsch-französischen Handelsverhältnisses in der Form eines den modernen Anforderungen entsprechenden spezialisierten Tarifvertrages in beiderseitigem Interesse wünschenswert. Da die Erreichung dieses Zieles durch den Sieg der gegenwärtigen Hochschutzbewegung in Frankreich aufs äußerste erschwert werden würde, so haben wir alle Ursache, den weiteren Verlauf des Kampfes zwischen der Regierung der Republik und den Vertretern des Hochschutzes mit Aufmerksamkeit zu verfolgen.

Neueste Drahtmeldungen vom 2. März.

Deutscher Reichstag.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Beratung des Kolonialrats wird beim Etat für Kamerun fortgesetzt. — Abg. Goller (südd. Volksp.) verlangt kritische Neutralität der Kolonialverwaltung in konfessioneller Hinsicht gegenüber den Missionen verschiedener Bekenntnisse. Das Fortschreiten der Missionstätigkeit weiter nach den Sudanländern, in das Bereich der mohammedanischen Macht hinein, lasse Verwicklungen befürchten. Es seien nicht immer die besten Elemente, die sich an die christlichen Missionen heranmachten. Das habe man in China beobachtet, und bei den Negern sei es nicht anders. Trübselig sei es, das wechselseitige Verhalten der katholischen und protestantischen Missionen zu beobachten. Erfreulich sei die Entwicklung der Bahnen in Kamerun. In begrüssen sei auch der anschließende Ausgabebetrag für Wegebauten, wobei ihm allerdings bedenklich erscheine, daß eine der geplanten Wegeanlagen zwei mächtige Ströme kreuze, also vermutlich außerordentliche Kosten verursachen werde. Zum Schluß müsse er sich noch eines armen „Verwandten“ hier öffentlich annehmen. Während der Expedition des Herzogs von Mecklenburg in Ostafrika seien an einem Tage drei Gorillas geschossen worden. (Hellerkeit.) Zu wünschen sei, daß mit diesen seltenen Tieren doch etwas weniger mörderisch umgegangen werde. — Abg. Erberger (Zentr.): Auf die Verwandtschaft des Vordemers mit dem Gorilla möchte ich mich hier nicht einlassen. Die große Masse des deutschen Volkes möchte jedenfalls in unseren Kolonien die Missionstätigkeit nicht missen. Wie ist es möglich, daß sich hier ein Abgeordneter gegen unseren Wunsch ausspricht, daß bei Übernahme von Eingeborenen in Beamtenstellen christliche Bewerber vor mohammedanischen bevorzugt werden möchten! Herr Goller sagt zwar, die Elemente, die sich an die Missionen herandrängen, seien die schlechtesten, man finde unter ihnen Heuchler. Schlechte Elemente, Deuchler, finden sich überall. Nebenfalls ist den Missionen durch die Kongole-Akte Schutz für ihre Tätigkeit zugesichert. — Staatssekretär Terubura befragt dies unter Hinweis auf § 6 der Kongole-Akte und auf den gleichlautenden Paragraphen 14 des Schutzgebieten-Gesetzes. Wo durch das Auftreten der Missionen eine Gefahr entstehe, da erfolge allerdings auf Vereinbarung mit ihnen eine Einschränkung ihrer Tätigkeit so lange, bis es gelungen sei, ihnen Schutz zu sichern. Die Erlegung und das Einfangen von Gorillas sei verboten. Ausnahmen würden aber zu wissenschaftlichen Zwecken gestattet. — Der Etat für Kamerun wird genehmigt.

Beim Etat für Togo verlangt Abg. Ledebour (Soz.), daß die Landbestimmungen, wie sie für Ostafrika bestehen, namentlich auch der „Betriebsamang“ resp. die Zulassung von Landkäufern nur mit Betriebsamang, auch auf Togo ausgedehnt würde. — Staatssekretär Terubura erklärt, eine entsprechende Verordnung sei bereits erlassen worden. Eine Kommission sei jetzt dabei, festzustellen, welches Land Kronland sei und welches Land Negern gehöre. — Abg. Ledebour stellt in Abrede, daß jene Verordnung sich mit der bezüglichen vorjährigen Resolution des Reichstages decke. — Staatssekretär Terubura: Eine Art Betriebsamang besteht, ein völliger Betriebsamang würde aber nicht angängig sein ohne Beschädigung. — Der Etat für Togo wird genehmigt.

Zum Etat für Südwestafrika beantragt die Kommission eine Resolution betreffs Entsendung eines Zivilkommissars zur Erkundung der Verhältnisse im Ovambo-Gebiete, insbesondere bezüglich der Arbeiterfrage, der Erhebung des Landes und eines etwa auszuführenden Bahnbauens. — Abg. Semler (natl.) befragt eine Bahn-Bindhof-Reitmanndrop, die für die Dauer große Ersparnisse und namentlich auch eine Verringerung der dortigen Truppen möglich machen würde. Die Entsendung eines Residenten nach dem Ovamboland könnte unter Umständen kriegerische Verwicklungen mit den Ovambos bringen. Auch da sei es in erster Linie notwendig, mit einem Bahnbau vorzugehen. Es dürfe nicht wieder so kommen, wie im Perero- und Volcentotengebiet, wo wir ohne Bahnen Krieg führen mußten. Bei der Ausbeutung der Dia-

Jede Zeitung ist ein Stück vom menschlichen Geist